Kirchlicher Anzeiger

für das

Bistum Hildesheim

H 21106 B

Nr. 7

Hildesheim, den 15. Juni

2005

Inhalt:

Der Diözesanadministrator

Weiterentwicklung des Systems
der Schlüsselzuweisung für die
Kirchengemeinden des Bistums
Hildesheim 93

Vorzeitige Reduzierung von
Personalkosten in Kirchen-
gemeinden 103

Weiterentwicklung des Systems der Schlüsselzuweisung für die Kirchengemeinden des Bistums Hildesheim

Schlüsselzuweisung Kirchengemeinden

- 1 Auftrag aus „Eckpunkte 2020“
- 2 Bisheriges und neues Schlüsselzuweisungssystem
 - 2.1 Systematik
 - 2.2 Finanzielle Grundlagen
 - 2.3 Integration von Personalkosten
- 3 Schlüssel
 - 3.1 A: Sachkosten I
 - 3.2 B: Sachkosten II
 - 3.3 C: Bauunterhalt von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus
 - 3.4 D: Pauschale Bedarfszuweisung für personalbezogene Ausgaben
 - 3.5 E: Hausmeister/Küster/Raumpflegerinnen
 - 3.6 F: Pfarrsekretärinnen
 - 3.7 G: Kraftfahrzeugkosten
 - 3.8 H: Abzüge für Mieteinnahmen und Nebenkosten
 - 3.9 I: Sonstiges
- 4 Besonderheiten
- 5 Schlussbemerkungen

Weiterentwicklung des Systems der Schlüsselzuweisung für die Kirchengemeinden des Bistums Hildesheim

1 Auftrag aus „Eckpunkte 2020“

In „Eckpunkte 2020“ wird die Veränderung der Gemeinden und deren Finanzierung beschrieben und vorgegeben. Dort heißt es u. a.:

„Durch die Zusammenführung von Pfarrgemeinden kommt es insgesamt zu einer Verringerung der Bistumsausgaben für alle Kirchengemeinden. Wendet die Diözese einschließlich aller Personalkosten derzeit 49 Mio. € für alle Pfarrgemeinden auf, werden es zukünftig etwa 31 Prozent weniger, d. h. nur noch knapp 33,9 Mio. € sein. Da die Anzahl der Pfarrgemeinden aber von jetzt 350 auf etwa 120 sinken wird, erhöhen sich die Aufwendungen pro Pfarrgemeinde von derzeit 140.000 € auf künftig durchschnittlich 282.500 €. Diese Pfarrgemeinden sind dann allerdings auch meist deutlich größer als die jetzigen: im Durchschnitt werden sie 4.600 Gläubige umfassen (derzeit sind es durchschnittlich etwa 1.800 Katholiken).

Bis auf die Bestellung von Priestern, Diakonen, weiterem pastoralem Personal, hauptberuflichen Kirchenmusikern und Dekanatsrendanten, die allein dem Bischof obliegt, entscheidet der jeweilige Kirchenvorstand im gegebenen finanziellen und budgetierten Rahmen über die Anstellung des weiteren technischen und Verwaltungspersonals. Dies ermöglicht einen flexiblen und zielgenauen Einsatz vorhandener Mittel. In die zu verändernde zukünftige Schlüsselzuweisung der Kirchensteuermittel für die Pfarrgemeinden werden demnach Personalkosten einbezogen, die bislang außerhalb der Schlüsselzuweisung zentral durch die Diözese bewirtschaftet wurden. Dies sind die Personalkosten für Pfarrsekretärinnen, Küster, Hausmeister, Raumpflegerinnen und Pfarrhelfer. Außerdem werden die Kraftfahrzeugkosten einbezogen. Die in der Anlage zu „Eckpunkte 2020“ enthaltenen Kürzungen sind ermittelt aus dem wahrscheinlichen Finanzierungsbedarf von 120 Kirchengemeinden künftiger Größe. Maßgeblich für die zukünftige Schlüsselzuweisung ist die Gesamtsumme dessen, was von den Kirchengemeinden dann direkt bewirtschaftet wird. Im Rahmen der Schlüsselzuweisung werden Kirchengemeinden etwa 12,5 Mio. € budgetiert zur Verfügung stehen. Das entspricht durchschnittlich 104.500 € pro Pfarrgemeinde (bei durchschnittlich 4.600 Katholiken). Derzeit sind es durchschnittlich 53.500 € (bei durchschnittlich 1.800 Gläubigen).“ Nach der ersten Zusammenlegung von Kirchengemeinden liegt der Durchschnitt bei 2.000 Katholiken je Gemeinde.

2 Bisheriges und neues Schlüsselzuweisungssystem

2.1 Systematik

Zum 01. Januar 2002 wurde erstmals für das Bistum Hildesheim für die Zuweisung von Kirchensteuern an die Kirchengemeinden ein Schlüsselzuweisungssystem in Kraft gesetzt. Es beinhaltet folgende Schlüssel: Seelsorge und Pfarrbüro (Schlüssel A), Bewirtschaftung von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus (Schlüssel B), Bauunterhalt von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus (Schlüssel C), Pauschale Bedarfszuweisung für zusätzlich personalbezogene Ausgaben: Küster, Organisten, Chorleiter, Rendanten und Dechanten (Schlüssel D)

Da die Zuweisungen aus den Schlüsseln A und B Globalzuweisungen sind, verbleiben die nicht in Anspruch genommenen Zuweisungen der Pfarrgemeinde zur freien Verfügung. Umgekehrt gehen Mehrausgaben für diese Bereiche zu Lasten der Pfarrgemeinde.

Die Einnahmen der Kirchengemeinden nach Schlüssel C sind zweckgebunden. Nicht verbrauchte Mittel dürfen nur für den Bauunterhalt der Gebäude verwendet werden bzw. sind als Rücklage auf das nächste Haushaltsjahr zu übertragen.

Die für die Gemeinde errechnete Zuweisung aus der Schlüsselzuweisung A–D wird vermindert durch anzurechnende Einnahmen, und zwar in Höhe von 50% bzw. 100%.

Kraftfahrzeugkosten und Kosten für geringfügig beschäftigte Bürohilfen blieben bislang in der Schlüsselzuweisung unberücksichtigt. In der Abrechnung mit dem Bischöflichen Generalvikariat wurde der Bedarf finanziert.

Die bisherige Systematik, die gesamte Zuweisung von Kirchensteuern durch das Bischöfliche Generalvikariat nach bisher 4 Schlüsseln (A–D) zu ermitteln, bleibt grundsätzlich erhalten. Die Einnahmen werden wie bisher berücksichtigt. Es werden die Schlüssel E, F, G und H ergänzt. Dabei gibt es zukünftig folgende Schlüssel:

- A: Seelsorge und Pfarrbüro
- B: Bewirtschaftung von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus
- C: Bauunterhalt von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus
- D: pauschale Bedarfszuweisung für zusätzlich personalbezogene Ausgaben
- E: Hausmeister/Küster/Raumpflegerinnen
- F: Pfarrsekretärinnen
- G: Kraftfahrzeugkosten
- H: Abzüge für Mieteinnahmen und Nebenkosten
- I: Sonstiges

Mit den zusätzlichen Schlüsseln können die Veränderungen gegenüber dem bisherigen System veranschaulicht werden. Bis auf C sind alle Schlüssel Globalzuweisungen (siehe Seite 2).

Das so erweiterte Schlüsselzuweisungssystem gilt grundsätzlich für alle Kirchengemeinden, ob bereits fusioniert oder nicht. Da es jedoch an der Annahme von 120 großen Gemeinden orientiert ist und in den Schlüsseln nicht nur „lineare“ Kriterien zu Grunde liegen, müssen analog der Zusammenschlüsse von Kirchengemeinden und der Entwicklung des Abbaus hauptberuflichen Personals Schlüsselbedingungen jährlich neu festgesetzt werden.

2.2 Finanzielle Grundlagen

Ein auf der Basis des bisherigen Systems weiter entwickeltes Schlüsselzuweisungssystem, das nachfolgend weiter beschrieben wird, wird erstmalig für das Haushaltsjahr 2006 gelten.

Dazu wurde eine idealtypische Schlüsselzuweisung definiert, die das Jahr 2020 antizipiert. Im neuen System wird die bisherige Planung zur Zusammenführung auf insgesamt 120 Gemeinden zugrunde gelegt.

Die für alle Kirchengemeinden zur Verfügung gestellten Kirchensteuern werden entsprechend den Vorgaben aus „Eckpunkte 2020“, aus den Maßnahmen 2004–2005 und den Entscheidungen des Diözesan-Administrators vom 08. 03. 2005 reduziert.

	Ausgaben Haushalt 2003 T€	Kürzung aus Eckpunkte 33%	Ausgaben Haushalt 2020
Pfarrsekretärinnen	4.796.500,00	1.582.845,00	3.213.655,00
Küster/Hausmeister/ Raumpflege	2.468.000,00	814.440,00	1.653.560,00
Pfarrhelfer	313.000,00	103.290,00	209.710,00
Kraftfahrzeugkosten	350.000,00	115.500,00	234.500,00
Haushaltszuschüsse	10.800.000,00	3.564.000,00	7.236.000,00
<i>Gesamt</i>	<i>18.727.500,00</i>	<i>6.180.075,00</i>	<i>12.547.425,00</i>

Der Gesamtbetrag von 18,7 Mio. € ist gemäß „Eckpunkte 2020“ um 33% oder 6,18 Mio. € auf 12,54 Mio. € zur reduzieren, spätestens bis zum Jahre 2020. Die Aufteilung auf einzelne Haushaltstitel (Pfarrsekretärinnen etc.) wird nicht mehr maßgeblich sein.

Aus den Maßnahmen 2004–2005 aus Eckpunkte 2020 sind in den Jahren 2004 und 2005 bereits Reduzierungen umgesetzt worden. Für 2006 ff. sind die Entscheidungen des Diözesan-Administrators vom 08. 03. 2005 umzusetzen.

	Haushalt 2003 €	Kürzung gem. Eckpunkte 33% €	Kürzung 2004 11% €	Kürzung 2005 8% €	Kürzung 2006 24,94% €
Pfarrsekretärinnen	4.796.500	1.582.845	174.112	126.628	394.793
Küster/Haus- meister etc.	2.468.000	814.440	89.588	65.155	203.138
Pfarrhelfer	313.000	103.290	11.362	8.263	25.763
Kraftfahrzeugkosten	350.000	115.500	12.705	9.240	28.808
Haushaltszuschüsse	10.800.000	3.564.000	392.040	285.120	888.933
<i>Gesamt</i>	<i>18.727.500</i>	<i>6.180.075</i>	<i>679.808</i>	<i>494.406</i>	<i>1.541.434</i>

In die Haushaltspläne des Bistums wurden folgende Beträge aufgenommen:

	2004 €	2005 €
Pfarrsekretärinnen	4.686.700	4.661.665
Küster/Hausmeister/Raumpflege	2.353.500	2.312.600
Pfarrhelfer	341.000	354.268
Kraftfahrzeugkosten	280.000	252.000
Haushaltszuschüsse für die Kirchengemeinden	10.300.000	9.967.000
Gesamt	17.961.300	17.547.533
Gesamt 2006 (Ziel):		16.011.851

Damit werden für die Jahre 2004 und 2005 die Vorgaben aus den bisherigen Maßnahmen aus Eckpunkte 2020 realisiert.

Im Haushaltsplan des Jahres 2006 werden nach derzeitigem Stand für die genannten Bereiche insgesamt 16.017.537 € zur Verfügung stehen. Mit den Kürzungen in 2004 (11%), 2005 (8%) und 2006 (24,94%) wird die Entscheidung des Diözesan-Administrators vom 08. 03. 2005 (Gesamt-Kürzung 43,94%) umgesetzt.

2.3 Integration von Personalkosten

Die Gehaltsabrechnungen von hauptberuflichen Pfarrsekretärinnen, Küstern, Hausmeistern, Raumpflegerinnen und Pfarrhelfern erfolgen z.Zt. durch die Hauptabteilung Personal/Verwaltung des Bischöflichen Generalvikariates. Die Personalkosten werden im Bistums-Haushalt geführt und im Haushalt der Kirchengemeinde nicht berücksichtigt. Jedoch wird bei der Finanzierung von Personalkosten für hauptberufliche Küster/Hausmeister in der Schlüsselzuweisung ein Teilbetrag reduziert.

Die Durchführung der Gehaltsabrechnungen der hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in den Kirchengemeinden soll auch zukünftig im Bischöflichen Generalvikariat erfolgen, und zwar auch für neue Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter. Das ist sinnvoll, da im Bischöflichen Generalvikariat die notwendige Fachkompetenz vorhanden ist und EDV-gestützte Abrechnung durchgeführt wird. So wird den steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlichen Bestimmungen Genüge getan.

Die Personalkosten der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Kirchengemeinden sind dem Bischöflichen Generalvikariat jedoch von den Gemeinden ab 01. 01. 2006 für diejenigen hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter zu erstatten, die nach dem 31. 12. 2005 von der Kirchengemeinde angestellt und für die vom

Bischöflichen Generalvikariat die Vergütung berechnet und ausgezahlt wird. Die Finanzierung erfolgt insofern dann für die neu Eingestellten aus der „neuen“ Schlüsselzuweisung. Nun müssen die Kirchenvorstände selbst entscheiden – nach wie vor jedoch im Rahmen des Kirchenvermögensverwaltungsgesetzes –, ob und wie viel „Hauptberuflichkeit“ sie wollen und die Kirchengemeinde finanzieren kann.

Für am 31. 12. 2005 **bestehende** Dienstverträge gilt eine Übergangsregelung. Im neuen Schlüsselzuweisungssystem ermittelt sich der Kirchensteuerzuschuss im Schlüssel E für die hauptberuflichen Küster/Hausmeister, im Schlüssel F für die hauptberuflichen Pfarrsekretärinnen. In den Kirchengemeinden mit bis zum 31. 12. 2005 bereits beschäftigten hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die über das Bischöfliche Generalvikariat Vergütung erhalten, erfolgt eine Anforderung der Personalkosten durch das Bischöfliche Generalvikariat nicht. Es wird jedoch eine Vergleichsberechnung angestellt. Sind die Personalkosten, die vom Bischöflichen Generalvikariat anzufordern wären höher als der Betrag aus dem Schlüssel, wird der Schlüssel nicht gewährt. Sind sie geringer, wird die Differenz zwischen Personalkosten (BGV) und eigentlich zustehendem Betrag aus dem Schlüssel geleistet.

3 Schlüssel

3.1 A: Seelsorge und Pfarrbüro

Bemessungsgrundlage ist auch weiterhin die Zahl der Gemeindemitglieder multipliziert mit dem jeweils für das Haushaltsjahr festgelegten Satz pro Gemeindemitglied. Weil bei Gemeindefusionen – bedingt durch die Degressivität im bisherigen Verteilungsschlüssel – durch die Erhöhung der Anzahl der Gemeindemitglieder die absolute und relative Bezuschussung nach Schlüssel A sinken kann, wird die Degression durch Veränderung der festgelegten Sätze reduziert.

Alt:

Gemeindemitglieder	Zuweisung ,€
Bis 1500	4,09
1501–3000	4,09
3001–5000	2,56
Über 5000	1,03

Neu:

Gemeindemitglieder	Zuweisung ,€
Bis 3000	3,20
Bis 5000	2,60
Über 5000	2,10

3.2 B: Bewirtschaftung von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus

Schlüssel B wird weiterhin nach der Größe der vorhandenen Gebäude bemessen.

Aufgrund des Beschlusses des Vermögensverwaltungsrates am 11. November 2004 wird im Jahre 2005 der gesamte Gebäudebestand des Bistums, damit auch der Kirchengemeinden, erfasst. Welche Gebäude zukünftig erhalten bleiben und welche aufzugeben sind, muss aus pastoralen Notwendigkeiten heraus bestimmt werden. Dabei sind auch ökonomische Fragen zu berücksichtigen. Sind diese Festlegungen erfolgt, können zukünftig nur noch diejenigen Gebäude in der Schlüsselzuweisung bezuschusst werden, die als pastoral notwendig definiert wurden.

Keine Berücksichtigung finden weiterhin sogenannte Nebenräume (z.B. Heizung, Garagen, Abstellräume). Die bisherige Kürzung bis zu 25 % bei vorhandenem Personal bleibt erhalten.

3.3 C: Bauunterhalt von Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus

Die aus diesem Schlüssel zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden und sollen für kleine Reparaturen in Kirche, Pfarrheim und Pfarrhaus dienen. Wie bisher liegt der Versicherungswert aus dem Jahre 1914 zu Grunde.

Mit diesem Ansatz werden die Ausgaben für Instandhaltungs- und kleinere Instandsetzungsmaßnahmen an und in den Gebäuden Kirche, Pfarrzentrum, Pfarrhaus berücksichtigt. Die Zuweisung orientiert sich an den Gebäude-Versicherungssummen. Die Zuweisung beträgt wie bisher jährlich 1 % der Gebäude-Versicherungssumme, mindestens jedoch € 1.500 für die Kirche, € 1.250 für das Pfarrzentrum und € 1.000 für das Pfarrhaus. Im Rahmen der haushaltsbedingten Sparmaßnahmen wird der Schlüssel C momentan um 30 % gekürzt.

3.4 D: Pauschale Bedarfszuweisung für zusätzlich Personalbezogene Ausgaben

Hier werden Ausgaben im Zusammenhang mit der Dechantenfunktion sowie für Chorleiter, Rendanten, Dekanatsrendanten und Dekanatspastoralreferenten berücksichtigt. Die Pauschale für Ausgaben im Zusammenhang mit der Dechanten-Funktion wird um 1.000 € auf 3.000 € erhöht; mit der Erhöhung können Ausgaben für Bürotätigkeiten finanziert werden. Die übrigen Gruppierungen und Zuschusshöhen bleiben in der bisherigen Höhe erhalten.

3.5 E: Hausmeister/Küster/Raumpflegerinnen

Für die Verteilung von Zuschüssen nach Schlüssel E werden folgende Teilkriterien gewählt:

– Gemeindemitglieder	2
– Außenfläche	1
– Gebäudefläche	3
– Anzahl der Gebäude	1
– Kindergarten	1

Hier werden auch die Personalkosten für Küster/Hausmeister/Raumpflegerinnen unter Einbezug der Personalkosten, die bisher direkt vom Bischöflichen Generalvikariat finanziert wurden und nicht in den Haushalt der Gemeinden einfließen, verteilt.

Die bisherige Finanzierung von Personalkosten für hauptberufliches Personal der Kirchengemeinden (Küster/Hausmeister, Pfarrsekretärinnen) direkt über das Bischöfliche Generalvikariat und nicht über die Schlüsselzuweisung hat vor allem im Bereich der Küster/Hausmeister zu Ungleichbehandlungen der Gemeinden geführt. Eine wesentliche Reduktion von Kosten wird vor allem im Bereich der Küster/Hausmeister geschehen. Es werden künftig nur noch wenige Kirchengemeinden in der Lage sein, aus dem Schlüssel E einen eigenen hauptberuflichen Küster/Hausmeister zu finanzieren.

Mit diesem Schlüssel erfolgt auch die Finanzierung von geringfügig entlohnt Beschäftigten mit o. g. Aufgaben.

3.6 F: Pfarrsekretärinnen

Hier wird wie beim Schlüssel E verfahren. Ausschließliches Kriterium für die Zuweisung von Kirchensteuern ist die Anzahl der Gemeindemitglieder.

Eine gesonderte Abrechnung der Personalkosten für geringfügig beschäftigte Bürohilfen mit dem Bischöflichen Generalvikariat erfolgt nicht mehr. Diese Ausgaben sind von den Gemeinden aus der Schlüsselzuweisung zu finanzieren.

Das Problem der Ungleichbehandlung in der Finanzierung von Personalkosten wie für Küster/Hausmeister besteht im Bereich der Pfarrsekretärinnen nur wenig. In den vergangenen Jahren sind bei jeder Fluktuation die Pfarrsekretärinnenstunden nach einem Schlüssel, der sich an der Gemeindemitgliederzahl orientierte, angepasst worden.

Wie unter 3.5 erfolgt auch hier die Finanzierung von geringfügig entlohnt Beschäftigten Pfarrsekretärinnen.

3.7 G: Kraftfahrzeugkosten

Die Kraftfahrzeuge wurden bislang durch das Bischöfliche Generalvikariat beschafft und unter Eigenbeteiligung der Kirchengemeinden finanziert. Alle laufenden Betriebskosten für Kraftfahrzeuge werden bislang direkt mit dem Bischöflichen Generalvikariat abgerechnet und von diesem getragen.

Die Anschaffungskosten von Kraftfahrzeugen sind gemäß Eckpunkte 2020 zu reduzieren. Die Anschaffungskosten für VW-Busse werden in die Schlüsselzuweisung einbezogen. Der Schlüssel basiert auf folgenden Kriterien: 50% nach Anzahl Gemeindemitglieder, 50% nach Entfernung von weitester Siedlung zu Kirche.

Ausgenommen davon bleibt die Anschaffung von Kraftfahrzeugen für die Priester. Die laufenden Betriebskosten für die Nutzung der Kraftfahrzeuge durch die Priester und das hauptberufliche Personal werden wie bisher mit dem Bischöflichen Generalvikariat in voller Höhe abgerechnet.

3.8 H: Abzüge für Mieteinnahmen und Nebenkosten

Hier werden weiterhin die Einnahmen der Kirchengemeinde aus Kirchenland und Mieteinnahmen zu 50% und die Nebenkosten zu 100% von den errechneten Zuschüssen abgezogen.

3.9 I: Sonstiges

Hier werden gegebenenfalls Besonderheiten berücksichtigt.

4 Besonderheiten

Es ist heute noch nicht abschließend entschieden, welche Fusionen von Kirchengemeinden zu welchem Zeitpunkt vorgenommen werden. Die Teilschritte der finanziellen Reduktion bis zum Erreichen der Einsparvorgaben aus Eckpunkte 2020 sind noch nicht alle bestimmt. Deswegen sind die Haushaltshaltzuweisungen jährlich neu festzusetzen.

Versicherungsprämien werden auch weiterhin über den Haushalt des Bistums abgewickelt. Eine Aufnahme in die Schlüsselzuweisung erfolgt damit nicht. Damit soll auch weiterhin ein Sammelvertrag und damit auch eine niedrigere Gesamtprämie möglich bleiben.

Die Personalkosten der hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Kirchengemeinden werden aufgrund der natürlichen Fluktuation und der Vorgaben sinken. Wenn auf Kündigungen von Arbeitsverhältnissen verzichtet wird, sind vorübergehend „Personalüberhänge“ zu finanzieren. Die dadurch entstehenden Personalkosten gehen in der Schlüsselzuweisung zu Lasten der übrigen Kirchengemeinden.

Es ist noch politisch zu entscheiden, ob hinsichtlich der Höhe der Arbeitszeit für Pfarrsekretärinnen trotz genereller Entscheidungsfreiheit der Kirchenvorstände (im Rahmen des Kirchenvermögensverwaltungsgesetzes) verbindliche Festlegung von Mindest- und Höchstarbeitszeit erfolgen soll.

Die Anschaffung und Finanzierung der Dienstwagen der Geistlichen erfolgt weiterhin durch das Bischöfliche Generalvikariat. Ob zukünftig weiter Dienst-

wagen eingesetzt werden oder für die Verwendung von privaten Kraftfahrzeugen die Erstattung dienstlicher Fahrten erfolgt – und damit die bisherige „1%-Versteuerung“ aufgegeben wird – ist zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal aufzugreifen.

Die Ausgaben des Bistums für Zivildienststellen in den Gemeinden werden ebenfalls nicht über das System der Schlüsselzuweisung erfasst bzw. finanziert.

Eine „Indexierung“, also eine Ankopplung der Schlüsselzuweisungsbeträge an tarifliche Steigerungen oder Preisindizes erfolgt nicht.

5 Inkrafttreten und Kirchenvermögensverwaltungsgesetz

Nach Beratungen des weiterentwickelten Schlüsselzuweisungssystems in der Dechantenkonferenz, der Hauptabteilungsleiterkonferenz des Bischöflichen Generalvikariat, dem Vermögensverwaltungsrat der Diözese und dem Collegium Consultorum, zuletzt am 24. 05. 2005 wird das weiterentwickelte Schlüsselzuweisungssystem zum 01. 01. 2006 in Kraft gesetzt.

Die Vorschriften des Kirchenvermögensverwaltungsgesetzes sind auch bei einem weiterentwickelten Schlüsselzuweisungssystem für das Handeln der Kirchengemeinden und Gesamtverbände maßgeblich.

Hildesheim, den 6. Juni 2005

L.S.

† Hans-Georg Koitz
Diözesanadministrator

Vorzeitige Reduzierung von Personalkosten in Kirchengemeinden

1. Gemäß der zum 01.01.2006 in Kraft gesetzten Weiterentwicklung des Schlüsselzuweisungssystems für Kirchengemeinden des Bistums Hildesheim gilt für bestehende Dienstverträge von Kirchengemeinden mit hauptberuflichen Pfarrsekretärinnen, Küstern/Hausmeistern und Pfarrhelferinnen/-helfern eine Übergangsregelung. Sind die Personalkosten für hauptberufliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter höher als der nach der weiterentwickelten Schlüsselzuweisung zustehende Betrag, wird bis zum Ausscheiden

der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters der höhere Betrag zu Lasten aller Gemeinden im Zuweisungssystem finanziert. Dies führt zu Ungleichbehandlungen zwischen Gemeinden. Zur Verringerung der Ungleichbehandlungen und zur Verbesserung der finanziellen Situation aller Gemeinden ist es Ziel, vorzeitig zu Personalkostenreduzierungen zu kommen.

2. Hauptberuflichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die mit ihrer Kirchengemeinde ein einvernehmliches, vorzeitiges Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis oder eine Reduzierung des Beschäftigungsumfanges vereinbaren, kann eine Abfindung gezahlt werden. Kirchengemeinden kann vorübergehend eine finanzielle Übergangshilfe zur Umstrukturierung von Aufgaben gewährt werden. Die Finanzierung erfolgt durch das Bischöfliche Generalvikariat.
3. Die Hauptabteilung Personal/Verwaltung des Bischöflichen Generalvikariates versucht, vorrangig und gemeindeübergreifend den Einsatz bereits beschäftigten Personals zu optimieren. Alle Kirchengemeinden des Bistums sind deswegen verpflichtet, die Hauptabteilung Personal/Verwaltung rechtzeitig vor Ausscheiden von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern zu informieren.

Hildesheim, 6. Juni 2005

L.S.

Prälat Karl Bernert
Ständiger Vertreter des Diözesanadministrators